

/// Cancel Culture als moderner Kulturkampf

LINKE IDENTITÄTSPOLITIK UND OFFENE GESELLSCHAFT

UDO BARON /// Wenn wir von Identitären sprechen, denken wir zunächst an die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung“. Doch mittlerweile gibt es auch im Linksextremismus eine identitäre Bewegung, für die die ethnische und kulturelle Zugehörigkeit zu speziellen Gruppen und nicht mehr die Werte der Aufklärung im Fokus stehen. Der nachfolgende Beitrag versucht, sich diesem Phänomen anzunähern, es einzuordnen und die von ihm ausgehenden Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat aufzuzeigen.

Einführung

Der ausgewiesene Afrikaforscher Helmut Bley wird von einer Veranstaltung in Hannover im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ eingeladen, weil eine Antirassismus-Initiative meint, man könne mit ihm nicht über Rassismus reden, da er als „alter, weißer Mann“ nicht beurteilen könne, wie sich schwarze Menschen fühlen.¹ Der Soziologe und Polizist Frank-Holger Acker soll nach Meinung des linksge-

richteten Asta keine kriminologisch-soziologische Einführung über Polizei und Kriminalität an der Leibniz-Universität in Hannover geben, da er angeblich als Polizist keine kritische Distanz zur Organisation Polizei einnehme könne.² Diese Beispiele, die sich mühelos erweitern ließen, rücken eine Entwicklung in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung, die sich seit einiger Zeit in Deutschland, Europa und den USA bis weit in die Mitte der Gesellschaft aus-



Darf eine weiße Frau den Text einer schwarzen Dichterin übersetzen? Cancel Culture erfasst in der Auseinandersetzung um das Gedicht der US-Poetin Amanda Gromann auch diese Frage.

breitet: eine Identitätspolitik von links, auch Cancel Culture („Ausschlusskultur“) genannt.

Anhand verschiedener Beispiele aus dem In- und Ausland wie der Kontroverse um die Äußerungen des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse oder der Spitzenpolitikerin der

Partei Die Linke, Sahra Wagenknecht, aber auch unter Rückgriff auf internationale Entwicklungen wie der Herausbildung einer in Frankreich sehr aktiven sogenannten „Islam-Linken“ oder der Auseinandersetzung um das Gedicht der dunkelhäutigen US-Poetin Amanda Gromann will der Beitrag folgenden Fragen nachgehen und damit zu einer politischen Einordnung dieses Phänomens beitragen: Was verbirgt sich hinter den Begriffen „linke Identitätspolitik“ bzw. „Cancel Culture“? Welche Ziele verfolgen Identitätslinke? Wie gehen sie vor, um diese zu erreichen? Welche Rolle spielt die Sprache für die linke Identitätspolitik? Welche Gefahren entstehen durch dieses Phänomen für den demo-

Von links entwickelt sich derzeit eine von **AUSSCHLUSS gekennzeichnete Identitätspolitik.**

kratischen Rechtsstaat? Und welche internationale Dimension hat diese Entwicklung?

Linke Identitätspolitik – eine Begriffsbestimmung

Identitätspolitik im Allgemeinen stellt die Bedürfnisse einer spezifischen Gruppe von Menschen nach Anerkennung, Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Position und Stärkung ihres Einflusses in den Mittelpunkt. Dahinter steht das Konzept einer Politik, die nicht mehr primär die soziale, sondern die kulturelle Zugehörigkeit zu speziellen Gruppen in den Fokus rückt und deren Interessen vertritt.³ Vor allem Rechtsextremisten betreiben mit ihren völkischen Gedanken und ihrem Gebot der Rassenreinheit eine ethnisch-kulturell basierte Identitätspolitik. Ihr Ziel ist es, ethnisch reine und somit homogene politische Gemeinschaften zu schaffen, um mit ihnen die Vorherrschaft gegenüber anderen Gruppen und Ethnien anzustreben. Ihren Ausdruck findet dieser Ethnopluralismus vor allem in der Neuen Rechten, an deren Identitätsverständnis die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) anknüpft.⁴

Doch es gibt nicht nur eine rechte Identitätspolitik, sondern auch eine linke. Die Identitätslinke zielt auf die Gleichstellung und Emanzipation von Gruppen, die wegen ihrer geschlechtlichen, kulturellen oder religiösen Identität als benachteiligt gelten. Dazu zählen gegenwärtig insbesondere ethnische Minderheiten wie People of Color, Flüchtlinge, die Afroamerikaner und die Hispanics in den USA, religiöse Minderheiten (Muslime), genderbezogene Gruppen (Frauen, Homosexuelle, Trans- und Intersexuelle), ferner Obdachlose und Behinderte. Linke Identitätspolitik

zielt im Gegensatz zur klassischen linken Politik nicht mehr primär auf die Lösung der sozialen Frage und somit der klassischen sozioökonomischen Verteilungskonflikte, sondern rückt die jeweilige Gruppenidentität in den Mittelpunkt. Aus diesem Grunde betrachtet sie Minderheiten pauschal als einheitliche Gruppen von diskriminierten Opfern, die von der Mehrheitsgesellschaft als Dominanzkultur objektiv benachteiligt werden.⁵ Nur Mitglieder von Opfergruppen dürfen ihrer Ansicht nach im Namen diskriminierter Minderheiten sprechen.

Dabei handelt es sich bei der linken Identitätspolitik nicht um eine Partei, einen Verein, eine Gruppierung, Publikation oder ein konkretes Projekt mit einer klaren Ideologie oder einem entwickelten Programm. Vielmehr versteht sich linke Identitätspolitik als ein Diskurskonstrukt, als eine Bezeichnung für bestimmte Positionen, die eine öffentliche Wirkung entfalten wollen.⁶ Da Identitäten als homogen betrachtet werden und somit nicht teilbar sind, polarisiert Identitätspolitik. Zudem argumentiert sie moralisch und nicht inhaltlich und zeichnet sich durch Kompromisslosigkeit und Diskriminierung aus, wie die Fälle Bley und Acker zeigen.

In der Praxis bedeutet Cancel Culture das systematische Ausblenden, Ausgrenzen und Diffamieren unliebsa-

Identitätspolitik argumentiert moralisch, ist kompromisslos und POLARISIERT.

mer Positionen und Personen. So werden Letztere beispielsweise gezielt von bestimmten Diskursen ausgeschlossen und durch Shitstorms über die sozialen Netzwerke stigmatisiert. Wer Kritik übt und auf Widersprüche hinweist, wird als „Nazi“, „Rassist“ oder auch „Sexist“ diskreditiert. Linke Identitätspolitik übernimmt dabei unter umgekehrten Vorzeichen selbst rassistische und sexistische Deutungsmuster. „Weiße“ Männer wie Bley werden, nur weil sie weiß und männlich sind, pauschal als strukturell rassistisch und sexistisch und damit als ungeeignet für jeglichen Diskurs zu Themen wie Rassismus, Kolonialismus etc. betrachtet. Diese Muster werden von den Anhängern linker Identitätspolitik auf alle gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Gruppen übertragen. In dieser Logik ist auch ein Polizist wie Frank-Holger Acker ungeeignet, kritisch über die Polizei im Rahmen eines Hochschulseminars zu reden, da auch die Polizei als eine homogene Einheit (in diesem Falle aber negativ definierte Gruppe) wahrgenommen wird.

Linke Identitätspolitik findet ihren Ausdruck auch in einer gendergerechten Sprache. Hatte diese ursprünglich die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie aller Geschlechter in gesprochener und geschriebener Sprache zum Ziel, so hat sie sich zunehmend zu einem Herrschaftsinstrument linker Identitätspolitik entwickelt. Die Stigmatisierung bestimmter Begriffe oder das Sternchen hinter dem Wort geben in diesem Zusammenhang ebenso wie der Unterstrich oder der Doppelpunkt Auskunft über eine bestimmte Denkweise und Identität. Linksidentitäre versuchen so, die Sprache zu reglementieren und zu verordnen. Sprache wird dadurch elitär und kann somit zum Herrschafts-

Linksidentitäre benutzen **SPRACHE** als Machtmittel.

mittel der Identitätslinken werden, denn wer bestimmt, was gesagt und geschrieben werden darf, hat Macht über die Gesellschaft.

Die Debatte um eine linke Identitätspolitik

Die Debatte um eine linke Identitätspolitik strahlt mittlerweile bis in die Mitte der Gesellschaft. So kritisierte der frühere Bundestagspräsident und Sozialdemokrat Wolfgang Thierse in einem Namensbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass „subjektive Betroffenheit“ und „biografische Prägungen“ statt „Vernunftgründen“ und „begründeten Argumenten“ zunehmend die gesellschaftlichen Debatten bestimmen. Für ihn sind die Identitätslinken „neue Bilderstürme[r]“, die „die Mühsal von Diskussionen“ scheuen und denen der „unabdingbare Respekt vor Vielfalt und Anderssein“ fehle.⁷ Statt sich mit ihm zu solidarisieren, haben sich die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken und ihr Stellvertreter Kevin Kühnert umgehend von ihrem Parteifreund distanziert und ihm ein „rückwärtsgewandtes Bild“ vorgeworfen.⁸

Wie heftig umstritten dieses Thema auch innerhalb der radikalen Linken ist, zeigt die Kontroverse um Sahra Wagenknecht. Sie kritisiert in ihrem neuesten Buch „Die Selbstgerechten“ die linke Identitätspolitik und ihre Vertreter, die sie als „Lifestyle-Linke“ charakterisiert,

scharf. Ihnen wirft sie vor, anderen vorschreiben zu wollen, wie sie „zu leben, zu denken, zu reden haben“. Statt sich für den sozialen Ausgleich zu engagieren, fokussierten sie sich auf Randgruppen, richteten ihr „Augenmerk auf immer kleinere und immer skurilere Minderheiten“ und würden so die Linke spalten.⁹

Diese Kontroversen offenbaren einen zunehmenden Riss innerhalb der politischen Linken. Linke, für die die soziale Frage und nicht die Frage der Identität im Vordergrund steht, grenzen sich von der Cancel Culture der Identitätslinken ab und warnen vor ihr. So beklagten bereits im Sommer 2020 153 Intellektuelle aus verschiedenen Ländern wie Noam Chomsky, Daniel Kehlmann und Salman Rushdie in einem öffentlichen Aufruf zur Toleranz eine moralische Entrüstung, die die offene Debatte und Toleranz von Unterschieden zugunsten ideologischer Konformität schwäche und nach sofortiger Vergeltung für als Entgleisung wahrgenommene Reden und Gedanken verlange.¹⁰

Die Debatte um die Cancel Culture SPALTEZ zunehmend die politische Linke.

In den USA, aber auch in Frankreich und Großbritannien ist diese Entwicklung insbesondere an den Hochschulen schon so weit vorangeschritten, dass sie Formen eines modernen Kulturkampfes angenommen hat. Lautstarke, sich als

linksidentitär verstehende Gruppierungen sind mancherorts so stark geworden, dass sie mit jakobinischem Eifer Hochschullehrer mit ihrer Cancel Culture einschüchtern und sie mit verbalen Angriffen, vor allem über das Internet, überziehen, um dadurch eine kritische Auseinandersetzung, z. B. mit Werken internationaler Geistesgrößen, zu verhindern. Nicht selten folgen Institutionen wie Universitäten aus Panik diesen Rufen mit übertriebenen Maßnahmen. So werden beispielsweise die Schriften von Platon, Kant, Hegel und selbst von Goethe oftmals nicht mehr gelesen, weil diesen Denkern unter Ausblendung ihres historischen Kontexts von linksidentitärer Seite rassistische und sexistische Auffassungen unterstellt werden, waren sie doch alle „weiße Männer“.

Cancel Culture trifft aber nicht nur „weiße Männer“, sondern auch „weiße Frauen“. So gab beispielsweise die niederländische Schriftstellerin Marieke Lucas Rinjevid den Auftrag, das Gedicht der dunkelhäutigen US-Poetin Amanda Gorman, welches diese bei der Amtseinführung von US-Präsident Joe Biden vorgetragen hat, ins Niederländische zu übersetzen, zurück. Ihr war vorgehalten worden, als angeblich privilegierte „weiße“ Frau könne und dürfe sie nicht den Text einer formell benachteiligten „schwarzen“ Dichterin übersetzen.¹¹

In Frankreich findet diese Entwicklung ihren Ausdruck u. a. in einer zunehmenden Zusammenarbeit zwischen Islamisten und radikalen Linken, sogenannten „Islam-Linken“ (frz. „Islamogauchisme“). Dahinter verbirgt sich eine Bündnisbereitschaft von Linken gegenüber Islamisten bis hin zu gemeinsamen Aktionen, z. B. gegen Israel und die USA. MigrantInnen, vor allem aber

Muslimen, haben bei diesen Identitätslinken mittlerweile den Arbeiter als revolutionäres Subjekt in den Hintergrund gedrängt. So protestieren in Frankreich immer wieder Studenten der extremen Linken gemeinsam mit militanten Islamisten gegen Verfechter einer universalistischen, feministischen und säkularen Linken. Kritik am Islam, selbst seine Analyse, wird von ihnen mit Gotteslästerung gleichgesetzt. In den Sozialwissenschaften soll die „Islam-Linke“ schon so dominant geworden sein, dass sie jeglichen Diskurs, der ihrer Meinung widerspricht, unmöglich macht.¹² 90 Professoren und Forscher forderten deshalb jüngst in einem offenen Brief in der französischen Tageszeitung „Le Monde“, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.¹³

Linke Identitätspolitik und wehrhafte Demokratie

Was im Mittelalter die Konfession war und im 20. Jahrhundert die Ideologien, ist heutzutage die Identität. Die Befreiung des Individuums aus den Fesseln des Kollektivs, eine der zentralen Errungenschaften seit der Französischen Revolution von 1789, würde durch den antiindividualistischen Kollektivismus der Identitätslinken aufgehoben, denn der Einzelne müsste wieder zugunsten der homogenen Gemeinschaft in den Hintergrund treten. Gäbe unsere Gesellschaft widerstandslos dieser Entwicklung nach, wären die Folgen linker Identitätspolitik für unseren freiheitlichen Rechtsstaat und seine Bürger gravierend. Vor allem die individuellen Menschenrechte und somit die grundgesetzlich geschützte Würde des Menschen, die Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Wissenschaftsfreiheit, aber auch jede Form von Gemeinsinn

und Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft würden in Frage gestellt werden. Kollektive Gruppenidentitäten würden über individuelle Menschenrechte gestellt.

Der antiindividualistische Kollektivismus der Identitätslinken **BEDROHT** die demokratische Gesellschaft.

Ein Menschenrechtsrelativismus wäre die Folge.¹⁴ Nicht mehr Qualität und Vernunft eines Arguments, sondern Geschlecht, Hautfarbe und Religion würden dann die Diskussionen prägen. Nur noch Personen aus homogenen Gruppen dürften sich zu Fragen und Problemen dieser Gruppen in der von ihnen vorgegebenen Sprache äußern. Die Befindlichkeiten einzelner gesellschaftlicher Gruppen und Minderheiten und nicht mehr der Inhalt stünden im Vordergrund. Verteidigt würde dann jemand, weil er einer aus der homogenen Gruppe, also einer „von uns“ ist, und nicht, weil er richtig argumentiert oder gehandelt hat. Nicht mehr der freie Austausch unterschiedlicher Positionen und Ansätze würde den Diskurs bestimmen, sondern ein dichotomes Weltbild homogener Gruppen, dass die Welt schematisch in „Gut“ und „Böse“ einteilt.

Die Selbstzensur, die berühmte „Schere im Kopf“, würde wieder wie in vormodernen Zeiten die Diskussionen prägen und jeglichen wissenschaftlichen Diskurs faktisch aushebeln. Ein

Rückschritt in voraufklärerische Zeiten wäre vorprogrammiert. Eine Verschärfung der Polarisierung und Zersplitterung der Gesellschaft entlang ethnischer, religiöser und genderbezogener Trennlinien wäre die Folge. Die fortschreitende moralische Aufladung der Politik durch linksidentitäre Positionen würde eine rationale Gestaltung zentraler Politikfelder wie Zuwanderung, Integration und innere Sicherheit nicht nur verhindern, sondern unmöglich machen. Eine (Un-)kultur aus Angst, Scheinheiligkeit und Heuchelei wäre die Folge.

Nutznieser dieser Entwicklung wären am Ende vor allem rechtspopulistische und rechtsextremistische Formationen, die sich schon jetzt als Wähler der Interessen der „kleinen Leute“ gegen eine linksgerichtete Political Correctness geschickt in Stellung bringen, um verunsicherte Bürger auf ihre Seite zu ziehen. In Frankreich, aber auch in Großbritannien und den USA ist dieses Phänomen bereits mit Händen zu greifen, und es wäre naiv zu glauben, Deutschland bliebe davon weitgehend verschont.

Cancel Culture spielt den **RECHTS-EXTREMEN** Kräften in die Hände.

Ausblick

Im Ergebnis stellen linksidentitäre Bestrebungen eine hochgradig intolerante Strömung der extremen Linken mit Auswirkungen bis weit in die Mitte der Ge-

sellschaft dar. In Gestalt von Cancel Culture brandmarken sie politisch missliebige Personen und Positionen und verweigern sich dem vernunftgeleiteten kritischen Diskurs. Linksidentitäre höhnen durch eine ideologisch ausgerichtete Sprachzensur die Meinungsfreiheit aus und bedrohen so auch die Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen. Durch ihre einseitige Fixierung auf Identitäten wie Ethnie, Religion oder Gender blenden sie die soziale Frage aus und erweitern so die Trennlinien in der Gesellschaft. Die von ihnen erzeugte Polarisierung kann dadurch zu einer weiteren Verunsicherung der westlichen Gesellschaften führen und somit zu einem Erstarken rechtsextremer Kräfte.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ein Engagement für gesellschaftliche Minderheiten ist richtig und wichtig. Diskriminierung und Alltagsrassismus haben in demokratischen Gesellschaften nichts zu suchen. Ebenso gehört die Geschichte des Kolonialismus und der Sklaverei aufgearbeitet. Doch wo dieser Einsatz zur Diskriminierung anderer und zur Stigmatisierung von Mehrheiten durch Minderheiten führt, verstößt er gegen die Würde des Einzelnen und somit gegen grundlegende Menschenrechte bzw. grundgesetzlich geschützte Bürgerechte.

Wohin die Forderungen nach homogenen Gemeinschaften führen können, haben wir in der deutschen Geschichte auf grausame Art und Weise erleben müssen. Allein aus diesem Grunde gilt es, sowohl Rechts-, aber auch Linksidentitäre mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates zu bekämpfen. An dieser Stelle ist auch die wehrhafte Demokratie gefordert, die in der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung formulierten grundlegenden

Werte wie Menschenrechte, Meinungs-, Presse-, Wissenschafts- und Religionsfreiheit und somit die unantastbare Würde eines jeden Menschen gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Die Extremismusprävention muss sich des Themas Identitätslinke verstärkt annehmen und der von ihr ausgehenden freiheitsfeindlichen Zielrichtung durch Information und Aufklärung aktiv entgegenwirken. Es ist traurig, dass man im 21. Jahrhundert noch einmal ausdrücklich an die Werte der Aufklärung, der Französischen Revolution und der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung erinnern muss. Aber die offene Gesellschaft und mit ihr die Freiheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes müssen täglich neu von allen Demokraten gegen ihre Feinde verteidigt werden. ///



/// DR. UDO BARON

ist Politikwissenschaftler und Extremismusforscher. Im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Hannover, ist er für den Bereich Linksextremismus zuständig.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Stillahn, Alina/Benne, Simon: Man muss auch mal Haltung zeigen, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 1.4.2021, S. 12.
- ² Vgl. Hilbig, Barbara: Asta lehnt Polizisten als Dozenten ab, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 16.4.2021, S. 19.
- ³ Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die antiaufklärerische Dimension linker Identitätspolitik, 17. März 2021, <https://hans-albert-institut.de/die-antiaufklaererische-dimension-linker-identitaetspolitik>, Stand: 11.5.2021.
- ⁴ Vgl. Meyer, Thomas: Identitätspolitik – worum es geht, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 10/2018, <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/identitaetspolitik-worum-es-geht-2572/>, Stand: 10.5.2021.
- ⁵ Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Identitätslinke relativieren Menschenrechte, in: Neue Züricher Zeitung, 13.4.2021, S. 14.
- ⁶ Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die „Identitätslinke“ – was ist das überhaupt?, 22.4.2021, <https://hpd.de/artikel/identitaetslinke-ueberhaupt-19210>, Stand: 17.5.2021.
- ⁷ Thierse, Wolfgang: Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.2.2021, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wolfgang-thierse-wie-viel-identitaet-vertraegt-die-gesellschaft-17209407.html>, Stand: 3.3.2021.
- ⁸ Zitiert nach Gujer, Eric: Identitätspolitik hält für Deutschland eine Pointe bereit, in: Neue Züricher Zeitung, 12.3.2021, <https://www.nzz.ch/meinung/wolfgang-thierse-hat-recht-identitaetspolitik-ist-gift-ld.1606241>, Stand: 17.3.2021.
- ⁹ Wagenknecht, Sahra: Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt am Main 2021.
- ¹⁰ Vgl. A Letter on Justice and Open Debate, in: Harper's Magazine, 7.7.2020, <https://harpers.org/a-letter-on-justice-and-open-debate/>, Stand: 1.6.2021.
- ¹¹ Vgl. Lüdke, Steffen u. a.: Zwischen Poesie und Politik, in: Der Spiegel 13/2021, S. 102-105.
- ¹² Vgl. Hesse, Christoph: Sagten Sie „Islam-Linke“?, in: die tageszeitung, 15.3.2021, <https://taz.de/Populismus-und-Islamismus/157546>, Stand: 20.3.2021.
- ¹³ Vgl. Sandberg, Britta: Alle sind gleich – theoretisch, in: Der Spiegel 11/2021, S. 84.
- ¹⁴ Vgl. Pfahl-Traughber: Identitätslinke relativieren Menschenrechte, S. 14.